

## Vorwärts mit der Bodenreform im Osten!

### Erfahrungen in Niedersachsen

Mehr als zwei Jahre sind verflossen, seit die Bodenreform in der Ostzone in Angriff genommen wurde. Heute schon steht dieses umwälzende Werk als eine nie mehr fortzudenkende, große und feste Errungenschaft des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fortschritts unzerstörbar im Leben der Sowjetzone.

In den westlichen Zonen dagegen ist die Bodenreform über das Stadium fruchtloser Redereien oder den Erlaß unzureichender Gesetzesvorlagen nicht hinausgekommen. Vor allem aber unterscheiden sich diese Vorgänge im Westen von der Bodenreform in der Ostzone grundsätzlich dadurch, daß die Schöpfer und Träger der Landaufteilung im Osten die Massen werktätiger Bauern, Landarbeiter, Umsiedler sind, während in den Westzonen versucht wird, eine wirkliche Bodenreform in den behördlichen Dunkelkammern unter Ausschaltung der werktätigen Bauern und Landarbeiter auf das Gleis einer „Kleinsiedler-“ bzw. „Schrebergarten“-Reform zu schieben.

Gegen diese Versuche wehren sich die armen Bauern, Handarbeiter und bäuerlichen Umsiedler. Ihre Abwehr wird unterstützt von der Kommunistischen Partei. Sie stellt sich ihnen als Förderin ihrer Ansprüche führend zur Seite.

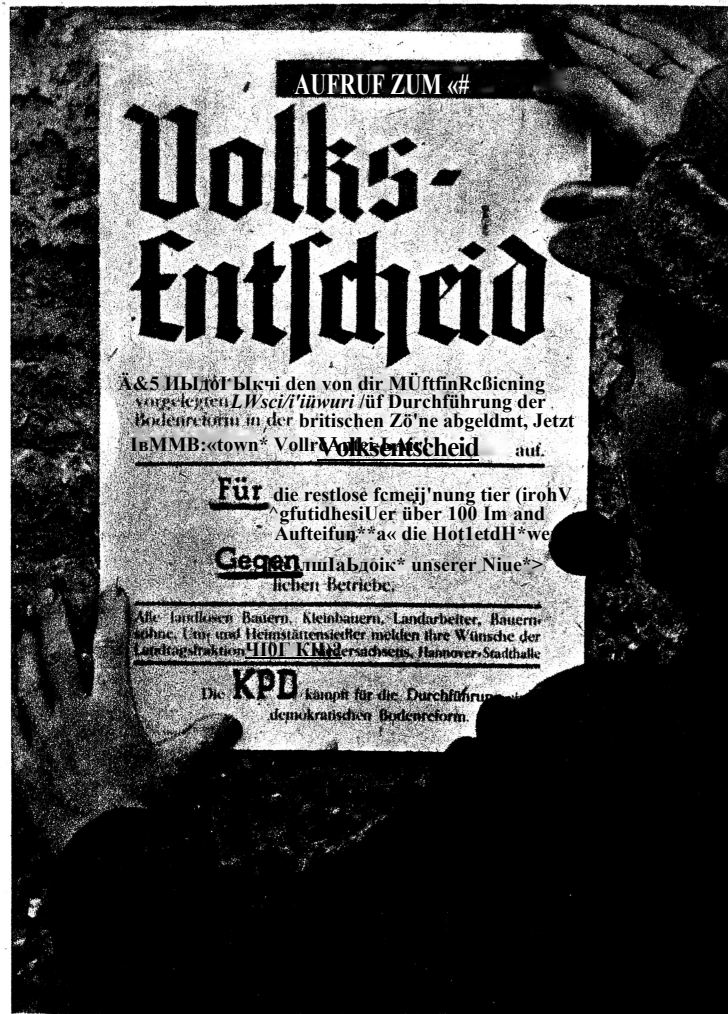
Um unseren Lesern einen Begriff über diesen Kampf um die Bodenreform im Westen zu vermitteln, veröffentlichen wir einen uns aus Niedersachsen zu diesem Thema zugewandenen Bericht.

Die Redaktion

Nachdem die Moskauer Konferenz beschlossen hatte, daß die Bodenreform in ganz Deutschland noch im Jahre 1947 durchgeführt werden müsse, nahm der Landesvorstand Niedersachsen der KPD sofort dazu Stellung. In einigen Kreisen standen bereits die Landtagswahlen am 20. April 1947 im Zeichen des Kampfes gegen eine Reihe Großjunker, denen Sabotage der Ernährung und Groß-Schwarzhandel nachgewiesen werden konnten. Gleichzeitig wurde nach dem besten Wege gesucht, das Ringen um die Bodenreform auf eine praktische Grundlage zu stellen.

Um überhaupt einmal die Landbewerber festzustellen und um mit ihnen in Verbindung zu kommen, ging die KPD zunächst daran, eine Bodenbewerberaktion im Land Niedersachsen durchzuführen. Der Gesetzentwurf der englischen Militärregierung brachte die Diskussion über die Bodenreform gerade wegen seines rückständigen Charakters richtig in Gang. Nach diesem englischen Vorschlag, dessen Vater Schlange-Schönninge ist, sollte alles beim alten gelassen und die Macht der Großjunker verewigt werden. In der Sitzung des Zonenbeirats Anfang Juli 1947 wurde der englische Entwurf einstimmig abgelehnt. KPD, SPD und Zentrum stimmten dagegen, weil er keine demokratische Bodenreform bedeutete, der CDU und der „Niedersächsischen Landespankei“ (NLP; sie bezeichnet sich selbst als Nachfolgerin der Deutsch-Hannoverschen Partei und betreibt angeblich die „Rettung der abendländischen Kultur gegen den Marxismus“; sie hat neuerdings den irreführenden Namen „Deutsche Partei“ angenommen) waren die vorgesehenen Maßnahmen „zu einschneidend“. CDU und NLP verlangten zwar eine gegen Entschädigung vorzunehmende Landabgabe durch die Bauern mit mehr als 35 ha Besitz, der Großgrundbesitz sollte jedoch im wesentlichen erhalten bleiben. KPD und SPD dagegen traten für die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes über 100 ha bzw. 130 000 RM Einheitswert und für den ausdrücklichen Schutz des Bauernlandes ein, dessen Umfang unter 100 ha liegt.

Nachdem der englische Vorschlag abgelehnt worden war, beantragte die Zonenleitung der KPD (britische Zone) beim Kontrollrat die Zulassung eines Volksentscheids für eine demokra-



(Aufn. Gollina, Berlin-Mahlsdorf)

tische Bodenreform in der britischen Zone, der im wesentlichen die Forderungen enthält, auf die sich die KPD und SPD im Zonenbeirat geeinigt haben.

In mehreren Sitzungen hat der Landesvorstand Niedersachsen zur Bodenreform Stellung genommen. Auf einer dieser Tagungen kam auch ein bürgerlicher Agrarwissenschaftler, ein unbedingter Anhänger der Bodenreform, zu Wort. Durch seine Fachkenntnisse hat er sehr Wertvolles zum Kampf gegen den Großgrundbesitz beigetragen und mancherlei gute Vorschläge für die Sicherung unserer Ernährung gemacht. Nun galt es, zunächst innerhalb unserer Organisation und in den Freundeskreisen der sozialistischen Einheit Klarheit darüber zu schaffen, daß die Bodenreform eine demokratische Maßnahme ist. Der Beweis hierfür wird in einer Broschüre des Vorsitzenden der Landtagsfraktion der KPD, Hellmut Schmalz, geführt. Es wurden verschiedene Plakate, Klebestreifen, Aufklärungsschriften an landarme Bauern, Pächter, Landarbeiter und Flüchtlinge herausgegeben. Den Aufklärungsschriften hingen Vordrucke für Bodenbewerberklärungen an, die ausgefüllt an die Landtagsfraktion der KPD einzusenden sind; in der Presse wurden laufend Artikel und Notizen zur Bodenreform veröffentlicht, und das Funktionärorgan Niedersachsens, der „Neue Weg“, gab eine Sondernummer zur Bodenreform heraus. Die Bezirksvorstände wurden veranlaßt, zur Bodenreform Stellung zu nehmen und konkrete Arbeitspläne festzulegen. Die meisten Bezirksvorstände verbreiteten dazu noch eigenes Material zur Bodenreform in der Öffentlichkeit. Auf den in den letzten Monaten durchgeführten Bezirksschulen der Partei nahm die ausführliche Behandlung der Bodenreform und der Bodenbewerberaktion breiten Raum ein. Auch in zahlreichen Kreisen begann die Arbeit für eine demokratische Bodenreform mit dem Ruf an alle Werktätigen, den Kampf gegen die Großjunker aufzunehmen. Durch Einsichtnahme in die Grundbücher auf dem Katasteramt wurde die Ermittlung des gesamten Großgrundbesitzes über 100 ha vorwärtsgetrieben; auf Listen wurde der ermittelte Großgrundbesitz zusammengestellt und so eine Grundlage für das weitere Vorgehen gegen das Junkertum geschaffen.